

Amt für Verkehr, 21.02.2019
660.21, Paul Fabian, 3817

An das
Bezirksamt Heepen -- 162 --
- Herrn Skarabis -

**Verkehrsverbindung der Eurobahn
Anfrage der Fraktion Die Linke
Bezirksvertretung Heepen 28.02.2019, Dr.-Nr. 7927/2014-2020**

der Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) als Aufgabenträger des SPNV nimmt zur Anfrage vom 15.01.2019 an die Bezirksvertretung Heepen der Partei Die Linke wie folgt Stellung:

“Grundsätzlich gibt es im Qualitätsbereich des SPNV Verspätungen und Ausfälle, die in einigen Fällen außerhalb der direkten Einflussosphäre des Unternehmens liegen und unvermeidbar sind.

Nichtsdestotrotz treten auch Störungen aufgrund selbstverursachter Mängel auf, die es seitens des Unternehmens zu verhindern gilt. Diese häuften sich in der Vergangenheit in den von der Eurobahn bedienten Netzen in einem erheblichen Maße. Hier stehen wir als Besteller der Leistungen im ständigen Kontakt mit dem Unternehmen, um auf solche Mängel hinzuweisen und Besserung zu fordern. Die letztendliche Verantwortung für die Umsetzung des Betriebsprogramms liegt beim Unternehmen selbst.

Die Verbandsversammlung des NWL hat am 06.12.2018 eine Abmahnung gegenüber der Keolis Deutschland GmbH (Eurobahn) beschlossen. Begründet wird diese mit Organisationsversagen des Unternehmens und daraus resultierenden massiven und anhaltenden Nicht- und Schlechtleistungen beim Betrieb der von der Eurobahn bedienten Schienennetze.

Darüber hinaus wurde beschlossen, die Eurobahn aufzufordern, unverzüglich eine Untersuchung durch einen Gutachter zu beauftragen, der gemeinsam von den Vertragspartnern ausgewählt wird. Dieser soll die betriebliche Situation des Unternehmens untersuchen und Maßnahmen zur Verbesserung entwickeln, um den Fahrbetrieb wieder zu stabilisieren. Die Auswahl des Auditors erfolgt bis Ende März, sodass wir uns bis Ende der ersten Jahreshälfte Ergebnisse und abgeleitete Maßnahmen erhoffen. Unabhängig davon erwartet der NWL, dass sein Auftragsunternehmen alles in seiner Macht stehende unternimmt, um unverzüglich Verbesserungen umzusetzen.

Bisher sind es also zwei Maßnahmen, die Politik und Verwaltung als Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation genutzt haben. Sollte es zu keinen Verbesserungen kommen, bliebe noch die Kündigung von Verkehrsverträgen.“

